

247315-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Zentralrechner – Ersatz der Hochleistungsrechnersysteme

OJ S 70/2026 10/04/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung – Änderungsbekanntmachung
Lieferleistungen - Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Deutscher Wetterdienst

E-Mail: beschaffung@dwd.de

Rechtsform des Erwerbers: Zentrale Regierungsbehörde

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Ersatz der Hochleistungsrechnersysteme

Beschreibung: Der Auftragsgegenstand umfasst zwei Hochleistungsrechnersysteme und zugehörige Netzwerk- und Speicherinfrastruktur nebst Serviceleistungen, Produktserver (optional), Wartung, Softwareausstattung, Infrastruktur und externer Rechenzentrumsfläche (Serverhousing/Co-Location). Die Systeme verteilen sich auf die folgenden Standorte: ▪ DMRZ Offenbach am Main (DMRZ-OF) ▪ Externer Co-Location Standort (DMRZ-EX) ▪ DMRZ Potsdam (DMRZ-PD, optional) ▪ DMRZ Euskirchen (DMRZ-EU, optional) Die Verfügbarkeit der Systeme an den einzelnen Standorten muss jeweils mindestens 95%, die der Produktion an den Standorten DMRZ-OF und DMRZ-EX kombiniert 99,9 % betragen. Die Bereitstellung des externen Housings (Co-Location) dient der Aufnahme des zweiten, unabhängigen HPC-Systems für Forschung und Klimarechnungen, ggfs. KI-Trainingscluster, eines Datenmanagementsystems sowie weiterer Systeme des Deutschen Wetterdienstes (DWD, Auftraggeber). Die Erstellung des Gesamtsystems ist in folgende Phasen unterteilt: ▪ Phase 0: Migrationsphase, Abnahme, Systemservice ▪ Phase 1: Systemservice, Leistungserhöhung und Abnahme ▪ Phase 2: Systemservice, optionale Leistungserhöhung und Abnahme ▪ Phase 3 (optional): Weiterbetrieb, ggfs. Leistungserhöhung und Abnahme ▪ Nach Vertragsende (optional): Abbau, Entsorgung und Rückbau der Systeme Die Entscheidung, ob die Option DMRZ-Euskirchen vom Deutschen Wetterdienst gezogen wird, erfolgt spätestens bis zum Zuschlag. Die detaillierte Beschreibung sowie alle Anforderungen sind den Anlagen „Leistungsbeschreibung“ und „Leistungsmatrix“ zu entnehmen und werden dem Interessenten nach Einreichung der Vertraulichkeitsvereinbarung zur Verfügung gestellt.

Kennung des Verfahrens: bcfb22d6-4a58-4a5a-ae13-2f74479a9d46

Interne Kennung: Vv-61782-26-COL

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Zusätzliche Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 30211000 Zentralrechner

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Offenbach am Main, Kreisfreie Stadt (DE713)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: ▪ DMRZ Offenbach am Main (DMRZ-OF) ▪ Externer Co-Location Standort (DMRZ-EX) ▪ DMRZ Potsdam (DMRZ-PD, optional) ▪ DMRZ Euskirchen (DMRZ-EU, optional)

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Rechtliche Verfehlungen: Mit Abgabe des Angebots erklärt der Bietende,

dass keine Ausschlussgründe gem. den §§ 123, 124 GWB (Eigenerklärung, Vordruck)

vorliegen. Weiterhin kann gemäß § 124 Abs. 2 GWB aufgrund folgender Vorschriften ein

Angebot ausgeschlossen werden, wenn gegen eines der folgenden Gesetze oder

Verordnungen verstoßen wird: - § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes - § 98c des

Aufenthaltsgesetzes - § 19 des Mindestlohngesetzes - § 21 des

Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes - Verordnung (EU) 2022/576 Bildung krimineller

Vereinigungen: Mit Abgabe des Angebots erkläre/n ich/wir, dass kein zwingender

Ausschlussgrund gem. § 123 GWB vorliegt. Ich/wir erkläre /n, dass weder ich/wir, noch eine

Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, in den letzten fünf Jahren

rechtskräftig verurteilt wurde wegen: § 129 StGB (Bildung krimineller Vereinigungen) § 129a

StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) § 129b StGB (kriminelle und terroristische

Vereinigungen im Ausland) § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) § 261 StGB (Geldwäsche,

Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte) § 263 StGB (Betrug) § 264 StGB

(Subventionsbetrug) § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr)

§§ 299a, 299b StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen) § 108e StGB

(Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) §§ 333, 334 StGB (Vorteilsgewährung

und Bestechung) Artikel 2 § 2 IntBestG (Bestechung ausländischer Abgeordneter im

Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) §§ 232, 232a, 232b bis 233a StGB

(Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft,

Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung) Insolvenz: Mit Abgabe des Angebots

erkläre/n ich/wir, dass kein fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 GWB vorliegt. Dies

beinhaltet, dass das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht nachweislich

gegen geltende umwelt-, sozial oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat, das

Unternehmen zahlungsfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens weder ein

Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist oder

die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist und sich das

Unternehmen weder im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,

das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine nachweislich schwere

Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird, das

Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen oder

Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder

Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, kein Interessenkonflikt bei der

Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit

einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des

Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann, keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann, das Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat, das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder das Unternehmen nicht o versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, o versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder o fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln. Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung: Zudem erkläre/n ich/wir mit Abgabe des Angebots, dass gegen mich/uns kein Ermittlungsverfahren und/oder Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen einer Zuwiderhandlung gegen gesetzliche Vorschriften anhängig ist, welches als schwere Verfehlung im Sinne des § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB einzustufen sein könnte. Schwere Verfehlung: Weiterhin erkläre/n ich/wir mit Abgabe des Angebots, dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht wegen des Verstoßes nach § 21 MiLoG oder § 23 AEntG mit einer Geldbuße von mindestens 2.500 Euro belegt worden bin /sind und es wurden auch keine schwerwiegenden Verfehlungen im Sinne des § 21 Abs. 1 S. 1 AEntG begangen. Ein Formblatt (140 - Eigenerklärung zur Verordnung (EU) 2022/576) ist in den Vergabeunterlagen enthalten und ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen. Details siehe Vergabeunterlagen, insbesondere die Anlage Verfahrensbeschreibung

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Ersatz der Hochleistungsrechnersysteme

Beschreibung: Der Auftragsgegenstand umfasst zwei Hochleistungsrechnersysteme und zugehörige Netzwerk- und Speicherinfrastruktur nebst Serviceleistungen, Produktserver (optional), Wartung, Softwareausstattung, Infrastruktur und externer Rechenzentrumsfläche (Serverhousing/Co-Location). Die Systeme verteilen sich auf die folgenden Standorte: ▪ DMRZ Offenbach am Main (DMRZ-OF) ▪ Externer Co-Location Standort (DMRZ-EX) ▪ DMRZ Potsdam (DMRZ-PD, optional) ▪ DMRZ Euskirchen (DMRZ-EU, optional) Die Verfügbarkeit der Systeme an den einzelnen Standorten muss jeweils mindestens 95%, die der Produktion an den Standorten DMRZ-OF und DMRZ-EX kombiniert 99,9 % betragen. Die Bereitstellung des externen Housings (Co-Location) dient der Aufnahme des zweiten, unabhängigen HPC-Systems für Forschung und Klimarechnungen, ggfs. KI-Trainingscluster, eines Datenmanagementsystems sowie weiterer Systeme des Deutschen Wetterdienstes (DWD, Auftraggeber). Die Erstellung des Gesamtsystems ist in folgende Phasen unterteilt: ▪ Phase 0: Migrationsphase, Abnahme, Systemservice ▪ Phase 1: Systemservice, Leistungserhöhung und Abnahme ▪ Phase 2: Systemservice, optionale Leistungserhöhung und Abnahme ▪ Phase 3 (optional): Weiterbetrieb, ggfs. Leistungserhöhung und Abnahme ▪ Nach Vertragsende (optional): Abbau, Entsorgung und Rückbau der Systeme Die Entscheidung, ob die Option DMRZ-Euskirchen vom Deutschen Wetterdienst gezogen wird, erfolgt spätestens bis zum Zuschlag. Die detaillierte Beschreibung sowie alle Anforderungen sind den Anlagen

„Leistungsbeschreibung“ und „Leistungsmatrix“ zu entnehmen und werden dem Interessenten nach Einreichung der Vertraulichkeitsvereinbarung zur Verfügung gestellt.

Interne Kennung: Vv-61782-26-COL

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Zusätzliche Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 30211000 Zentralrechner

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Siehe Vergabeunterlagen

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Offenbach am Main, Kreisfreie Stadt (DE713)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: ▪ DMRZ Offenbach am Main (DMRZ-OF) ▪ Externer Co-Location Standort (DMRZ-EX) ▪ DMRZ Potsdam (DMRZ-PD, optional) ▪ DMRZ Euskirchen (DMRZ-EU, optional)

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/01/2027

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2032

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Bieter erklärt mit Abgabe der Eigenerklärung zur Eignung/des Angebotes, dass er über eine Betriebshaftpflichtversicherung verfügt bzw. sich bereit erklärt, diese im Auftragsfall abzuschließen: 1.000.000,00 Euro Personenschäden 50.000.000,00 Euro sonstige Schäden Eine Betriebshaftpflichtversicherung in anderer Währung wird ebenfalls akzeptiert, sofern die Versicherungssumme für die jeweiligen Schadensarten mindestens der in EUR genannten Höhe entspricht. Entgegen dem Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" entfällt die Maximierung der Ersatzleistung auf mindestens das Zweifache der Versicherungssumme komplett. Mit der Abgabe des Teilnahmeantrages ist der Nachweis zu erbringen, dass ein Versicherer mit dem Bewerber/Bieter bei Erhalt des Zuschlags eine entsprechende Versicherung abschließt. Der Versicherungsnachweis muss ebenfalls in deutscher Sprache vorgelegt werden. Er ist zulässig, wenn der Teilnehmer diesen auf eigene Kosten von einer offiziellen Stelle übersetzen lässt.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten

Beschreibung des Eignungskriteriums: Es sollen mindestens zwei vergleichbare Referenzen der letzten fünf Jahre angegeben werden. Erforderliche Angaben sind ▪ die Benennung des Auftraggebers, ▪ der Gegenstand und die Menge der Lieferung und Leistung, ▪ der Standort, an dem die Leistung erbracht wurde, ▪ die Leistungszeit sowie ▪ der Auftragswert. Eine Leistung ist der zu vergebenden Leistung dann vergleichbar, wenn ▪ das System vom Bewerber geliefert und betreut wurde, ▪ die vorgesehene Gesamtlaufzeit der Betreuung mehr als 3 Jahre betrug und ▪ das System entweder in Bezug auf Rechenleistung oder in Bezug auf die Speichersysteme mindestens der halben Größe des heutigen Systems für die Vorhersage entspricht (siehe Anlage „Leistungsbeschreibung“). Entgegen der Ausführungen unter Ziffer 9 im Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung", reicht eine einfache Erklärung des Bewerbers sowohl für eine Referenzangabe bei Leistungen für öffentliche Auftraggeber als auch für private Auftraggeber aus. Eine durch eine Behörde ausgestellte oder beglaubigte Bescheinigung bei Leistungen für öffentliche Auftraggeber ist nicht erforderlich. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Angaben über eine Eintragung in das Berufsregister
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Bezeichnung: Es kommt die erweiterte Richtwertmethode zur Anwendung. Nähere Informationen sind der Verfahrensbeschreibung zu entnehmen.

Beschreibung der anzuwendenden Methode, wenn die Gewichtung nicht durch Kriterien ausgedrückt werden kann: Es kommt die erweiterte Richtwertmethode zur Anwendung. Nähere Informationen sind der Verfahrensbeschreibung zu entnehmen.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=851657>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 22/05 /2026

Sicherheitsüberprüfung ist erforderlich

Beschreibung: Siehe Vergabeunterlagen, insbesondere Leistungsbeschreibung, Leistungsmatrix sowie EVB-IT Systemvertrag

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=851657>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 11/05/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist nicht ausgeschlossen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Es ist eine Geheimhaltungsvereinbarung erforderlich: ja

Zusätzliche Angaben zur Geheimhaltungsvereinbarung: Siehe Vergabeunterlagen, insbesondere Verfahrensbeschreibung

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Finanzielle Vereinbarung: Siehe Vergabeunterlagen, insbesondere Leistungsbeschreibung und EVB-IT Systemvertrag

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Bundeskartellamt Vergabekammer des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: Unternehmen haben gemäß § 97 Absatz 6 GWB einen Anspruch darauf, dass die Bestimmungen über das Vergabeverfahren durch den öffentlichen Auftraggeber eingehalten werden. Sieht sich ein am Auftrag interessiertes Unternehmen durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen beim öffentlichen Auftraggeber zu rügen (§ 160 Absatz 3 Nr. 1 GWB). Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Absatz 3 Nr. 2-3 GWB). Teilt der öffentliche Auftraggeber dem Unternehmen mit, deren Rüge nicht abhelfen zu wollen, so besteht die Möglichkeit, innerhalb von 15 Tagen nach Eingang der Mitteilung einen Antrag auf Nachprüfung bei der zuständigen Stelle für Nachprüfungsverfahren zu stellen (§ 160 Absatz 3 Nr. 4 GWB). Bietende, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden gemäß 134 GWB hierüber informiert. Dies gilt auch für Bewerbende, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bietenden ergangen ist. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch öffentliche Auftraggeber geschlossen werden; bei Übermittlung der Information per Fax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist 10 Kalendertage. Sie beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den öffentlichen Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bietenden und Bewerbenden kommt es nicht an. Ein Antrag auf Nachprüfung ist schriftlich an die zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren zu richten:

Bundeskartellamt Vergabekammer des Bundes Kaiser-Friedrich-Str. 16 53113 Bonn Telefon:
+49 (0)228 / 94 99-0 Fax: +49 (0)228 / 94 99-163
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Deutscher
Wetterdienst
Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Deutscher
Wetterdienst
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Deutscher Wetterdienst
Organisation, die Angebote bearbeitet: Deutscher Wetterdienst

8. Organisationen

8.1. ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: Deutscher Wetterdienst
Registrierungsnummer: 991-01769-82
Abteilung: Referat Beschaffung
Postanschrift: Frankfurter Straße 135
Stadt: Offenbach am Main
Postleitzahl: 63067
Land, Gliederung (NUTS): Offenbach am Main, Kreisfreie Stadt (DE713)
Land: Deutschland
E-Mail: beschaffung@dwd.de
Telefon: +49 (0)69 8062-0

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt
Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Bundeskartellamt Vergabekammer des Bundes
Registrierungsnummer: 991-01769-82x
Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Str. 16
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53113
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
Telefon: +49 (0)228 94 99-0
Fax: +49 (0)228 94 99-163

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des
Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

45fba335-ad9a-4386-9e14-3ada459e43a3-02

Hauptgrund für die Änderung

:

Aktualisierte Informationen

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: e66e551d-d1bf-4cdc-9b90-dc32a4793bc0 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 09/04/2026 08:19:17 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 247315-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 70/2026

Datum der Veröffentlichung: 10/04/2026